



Wahlprüfsteine für die Kommunalwahl zu Privatisierung und PPP:

Auf S.1: Die Antworten der Parteien und Wählergruppen
S. 2: Grundsatzpositionen "Mülheim bleibt unser" zu PPP+Privatisierung
S.3+4: Fragen der BI und die MBI-Stellungnahme dazu

Im Westen, sprich Mülheim, nichts Neues?

Mülheimer Parteien haben sich trotz Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise seit dem Bürgerentscheid 2007 nicht bewegt

Eine übergroße Mehrheit der BürgerInnen in Deutschland spricht sich laut Meinungsumfragen inzwischen gegen die Privatisierung des öffentlichen Eigentums aus. Es gibt damit keine Mehrheit mehr für die Zielsetzung „Privat vor Staat“.

Wir stellten darum allen 7 Parteien und Wählergruppen, die sich in Mülheim um politische Mandate bemühen, sechs Fragen als Wahlprüfsteine zur Privatisierungsproblematik, vgl. S. 3.

Alle haben mehr oder weniger umfangreich geantwortet. Für die eingegangenen Antworten und Stellungnahmen bedankt sich die Bürgerinitiative.

Nach eingehendem Studium des Materials kam die BI zu folgenden Ergebnissen:

1. Die Antwort der Mülheimer FDP ist in sich geschlossen. Sie geht aber konsequent weiter vom bekannten „Privat vor Staat“-Standpunkt des Neoliberalismus aus. Dessen Scheitern zeigte sich aber spätestens in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise.
2. **Eine zweite Gruppe, die sich heraus kristallisierte, besteht aus SPD, CDU und Grünen, die alle angeben, dass Privatisierungen und PPP-Maßnahmen Einzelfallentscheidungen sein sollten. „Mülheim bleibt unser“ stellt fest, dass dieser Standpunkt von den 3 Parteien genau so auch vor dem Bürgerentscheid 2007 vertreten wurde. Auch hier hat die schwere Finanz- und Wirtschaftskrise anscheinend noch zu keinem Umdenken geführt, obwohl die Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge ein fundamentaler Bestandteil der gescheiterten neoliberalen Konzepte darstellt.**
3. Die dritte Gruppe, die sich aus MBI, „Wir aus Mülheim“ und der Linken zusammensetzt, hat die inhaltlichen Positionen der BI, die zum Bürgerentscheid 2007 führten, ebenfalls formuliert. In der politischen Wirklichkeit haben diese sich bestätigt, was u.a. den Kauf der Eon-Tochter Thüga letzte Woche durch ein Konsortium verschiedener Städte bestätigt. Knapp 100 Stadtwerke werden damit rekommunalisiert!

Doch diese Entwicklung scheint Mülheim noch nicht erreicht zu haben. Auch die vielen Beispiele total gescheiterter PPP-Modelle oder die riesigen Probleme etwa von Bochum mit den Folgen des Crossborder-Leasing hat für die Mülheimer Parteien bisher anscheinend leider noch keine neuen Denkprozesse in Gang gesetzt, wie die Haltung zu PPP beweist.

Die Privatisierung bleibt dennoch verstärkt auf der politischen Tagesordnung. Wenn alle Wahlen gelaufen sind, wird man sich auch in Mülheim intensiver damit beschäftigen müssen: Notgedrungen alleine aufgrund der Haushaltskatastrophe, die als Vorwand für weitere PPP-Irrwege dienen könnte.

Wer die ganzen Antworten aller Parteien und Gruppen auf die Fragen der Wahlprüfsteine lesen will, möge sich melden. Dann erhält er/sie Kopien davon. Zur Erinnerung auf der nächsten Seite noch einmal die 6 Fragen der BI.

Im Anhang für die Presse zusätzlich noch das folgende Papier zu den Grundsatzpositionen der BI "Mülheim bleibt unser" zu Privatisierung und PPP-Modellen.

i.A. der BI „Mülheim bleibt unser“: R. Schnell

Anhang

Grundsatzpapier der BI "Mülheim bleibt unser" zu Privatisierung und PPP-Maßnahmen

Mülheim, den 12.08.09

Für uns gehört öffentliches Eigentum zu einer demokratischen Struktur. Der Staat hat gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern Pflichtaufgaben, besonders in der Daseinsvorsorge, zu erfüllen. Hiefür braucht er seine Instrumente und Möglichkeiten. Sie müssen einer demokratischen Kontrolle unterliegen, die privatwirtschaftliche Interessen oder sonstige Machtansprüche ausschließt.

Die Parole „Privat vor Staat“ stellt dieses Prinzip auf den Kopf. Zu den Aufgaben der Politik und aller frei gewählten Vertreterinnen und Vertreter in unseren Parlamenten, gehört der Schutz der im Grundgesetz garantierten Rechte und Freiheiten. Dies schließt natürlich die individuelle Entfaltung und die Möglichkeit seine finanziellen/wirtschaftlichen Interessen zu organisieren mit ein – stets unter der Prämisse, dass das „Eigentum verpflichtet“ (GG). Sollten wirtschaftliche Monopole die demokratische/soziale Ordnung gefährden, gibt es die Möglichkeit der Vergesellschaftung. Diese Grundposition lässt es nicht zu, dass die Staatsgewalt unter dem Einfluss privatwirtschaftlicher Interessen gerät, weil Machtstrukturen entstehen könnten, die die Gefahr einer einseitigen Ausrichtung in sich tragen.

Oft hört man den Satz: „Die Privaten mit ins Boot holen.“ Auch er ist widersprüchlich. Jeder wünscht sich, dass in Deutschland die Wirtschaft funktioniert und die Kaufkraft der Bürgerinnen und Bürger ihre Existenz sichert. Dies beinhaltet aber nicht, dass der Privatwirtschaft Ämter übertragen werden, die zu den Angelegenheiten des Staates gezählt werden.

PPP-Modelle gehören zu den angesprochenen Themen. Für uns sind sie ein Einfallstor zur Privatisierung öffentlichen Eigentums. Sie können nicht getrennt diskutiert werden. Die Behauptung, durch derartige Modelle würde nichts privatisiert, verharmlost die Tatsache, dass Investoren Gewinnorientierte/privatwirtschaftliche Interessen haben. Hier müssen wir unsere Aufmerksamkeit auf demokratische Strukturen richten. Es werden privatwirtschaftliche Ansprüche mit staatlichen Pflichtaufgaben konfrontiert. Hinzu kommt die Feststellung, finanzielle Entlastungen der verschuldeten Gemeinden sind kaum auszumachen. PPP – Maßnahmen zementieren nur ihre Verschuldung auf Jahrzehnte.

Alle von ns genannten Probleme machen deutlich wie wichtig es ist, dass öffentliche Aufgaben der parlamentarischen Aufsicht und einer qualifizierten Haushaltskontrolle unterliegen. In unserer Gesellschaft beobachten wir besorgt eine soziale Polarisierung und Entsolidarisierung. Dieser Hinweis soll noch einmal darauf aufmerksam machen, dass die Privatisierungsproblematik in einem gesellschaftlichen Zusammenhang zu sehen ist. Jede Bürgerin oder jeder Bürger kann sich die Frage stellen, haben mir die teilprivatisierten Gesellschaften in der Ver- und Entsorgung (medl, MEG, SEM, MVG usw.) spürbare Vorteile gebracht? Er wird sich überlegen: Was geschieht wenn Investoren, die gleichzeitig Betreiber öffentlicher Einrichtungen sind, Fehlplanungen verschulden, in Insolvenz gehen, eine unsoziale Beschäftigungspolitik praktizieren, u.s.w. ?

Viele negative Beispiele von Privatisierungsmaßnahmen können aufgezählt werden. Öffentliches Eigentum ist für uns ein wichtiger Teil einer bewährten demokratischen Ordnung, für die die Gesellschaft die Verantwortung trägt. Darum stellen wir folgende Grundforderungen:

- 1 **Wir brauchen eine qualifizierte, transparente Haushaltsführung der Stadt mit einer nachvollziehbaren Prioritätenliste.**
- 2 **Verzicht auf jede Form der Privatisierung, in Einbeziehung aller PPP-Maßnahmen.**
- 3 **Eine wirkungsvolle Teilnahmemöglichkeit der Bürgerinnen und Bürger bei städtischen Planungen.**
- 4 **Stärkung der Bedeutung des Bürgerwillens durch ein vereinfachtes Verfahren bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden.**

MBI - Wählergemeinschaft Mülheimer Bürger Initiativen

Geschäftsstelle:
Tel. : 3899810 Fax: 3899811

Kohlenkamp 1, 45468 Mülheim
e-mail: mbi@mbi-mh.de, Internet: www.mbi-mh.de

MBI:

Gegen weitere Privatisierung, auch nicht mit PPP! Für Rekommunalisierung!

MBI-Antworten auf die Wahlprüfsteine der zur Kommunalwahl am 30. Aug. 2009



Eine übergroße Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland spricht sich gegen die Privatisierung des öffentlichen Eigentums aus. Es gibt damit keine Mehrheit für die Zielsetzung „Privat vor Staat“.

Wir stellen darum allen Kandidatinnen und Kandidaten, die sich um ein politisches Mandat bemühen, Fragen zum Thema Privatisierung öffentlichen Eigentums und zu PPP – Modellen:

- 1 Braucht eine freiheitliche/demokratische Ordnung für ihre Funktionsfähigkeit öffentliches Eigentum?
- 2 Wie sehen sie den Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf die Sicherung der Daseinsvorsorge in öffentlichen Einrichtungen?
- 3 Wie stehen sie zu dem Widerspruch, dass durch die Privatisierung öffentlichen Eigentums und durch PPP – Maßnahmen, privatwirtschaftliche Interessen mit staatlichen Pflichtaufgaben, die sich keiner Profitorientierung unterwerfen können, konfrontiert werden?
- 4 Wie stehen sie zu dem Problem, dass über PPP – Modelle eine langfristige Zahlungsverpflichtung für Städte und Gemeinden, die zum Teil hoch verschuldet sind, entsteht und sie damit dem Risiko ausgesetzt sind, dass Investoren als Betreiber von öffentlichen Einrichtungen z. B. durch Fehlplanungen, Insolvenzen, Pleitenzu einer unkontrollierbaren, nicht planbaren finanziellen Belastung werden?
- 5 Was sagen sie zu dem im Gesetzgebungsverfahren befindlichen sog. „ÖPP – Vereinfachungsgesetz“?
- 6 Wie stehen sie zur Re-Kommunalisierung von städtischen Einrichtungen die bereits (teil-)privatisiert wurden?

MBI-Stellungnahme zu dem gesamten Komplex Privatisierung und PPP-Modelle

Unsere Stadt Mülheim ist hoch verschuldet, laufende Ausgaben werden zunehmend über kurzfristige Kassenkredite abgewickelt. Tendenz explodierend! Gleichzeitig liegt Mülheims "Kommunalisierungsgrad" laut Prognos-Städtevergleich im Ruhrgebiet an allerletzter Stelle! Wir haben als fast einzige Großstadt in Deutschland keine Stadtwerke, Ver- und Entsorgung sind bereits ganz oder teilprivatisiert.

Durch diese Privatisierungen ist nichts besser geworden, nur intransparenter und teurer! Winterdienstchaos, wenn wirklich Schnee fällt, miserable Koordination von Kanal- und Straßenbau, Gebühren durch die Hintertür wie für Hinterlieger oder den Müll- bzw. Biotonnen hängen auch ursächlich mit der Privatisierung zusammen. Die Abzocke bei Strom- und Gaskunden ist demokratisch schwer zu bremsen, wenn wie in Mülheim der profitgierige RWE-Konzern zur Hälfte oder ganz am Geschäft beteiligt ist. Die demokratische Kontrolle der (teil-)privatisierten GmbHs ist nahezu unmöglich, weil alles Wichtige „Geschäftsgeheimnisse“ beinhaltet. Die lebensnotwendige Grunddaseinsvorsorge etwa bei Wasser-, Abwasser-, Strom-, Heizung oder Müllabfuhr und Straßenreinigung folgt damit nicht mehr den Notwendigkeiten der Kommune und ihrer Bürger, sondern der jeweiligen Konzernstrategie. Das ist eine Fehlentwicklung, die schlimme Folgen haben kann wie bei der MEG geschehen, die wahnwitzig hohe Schuldenberge auftürmte und eigentlich in den Konkurs hätte gehen müssen und es beinahe war - bei der Müllabfuhr, unglaublich! b.w.

Am 27. Feb. 2005 war der Bürgerentscheid gegen weitere Privatisierung in Mülheim erfolgreich auch wegen der schlechten Erfahrungen bei RWW, MEDL, MEG, SEM, MVG usw.. Beim Weiterverkauf des RWW z.B. hat die Stadt kaum noch Einfluss darauf, ob die RWW-Zentrale in Mülheim bleibt oder nicht.

Das Betreiben von Schulgebäuden durch Private, wie u.a. bei der sog. „Zukunftsschule“ Eppinghofen mit Hochtief geplant, ist auch eine Form der Privatisierung. Im großen Stil will Mülheim demnächst Schulsanierung über ÖPP (Öffentlich Private Partnerschaft) durchführen.

ÖPP-Modelle im Schulwesen gefährden das Gemeinwohl!

(Fazit des Privatisierungsreports der GEW - Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft)

Wenn mehrere Mülheimer Schulen wie geplant von einer einzigen ÖPP-Firma saniert und von dieser auf 25 Jahre betrieben werden, hat die Stadt sich auch in der Schulentwicklungsplanung langfristig festgelegt. Wer weiß denn, welche der Schulen in 25 Jahren noch gebraucht wird?

Der Präsident der obersten Rechnungshöfe hat gewarnt: „**ÖPP ist keine neue Geldquelle. Mittel- und langfristig ist es ein gefährlicher Weg, da die Finanzlast in die Zukunft verschoben wird**“. Die Hamburger Kliniken, das Hans-Sachs-Haus in Gelsenkirchen, das Schulzentrum Frankfurt-Ostend, die Sporthalle in Oderwitz/Sachsen und viele andere Beispiele haben gezeigt: Die Versprechungen waren falsch, Konflikte sind vorprogrammiert und die Städte zahlen auf Dauer immer drauf.

Nutznieser der „ÖPP – Variante“ sind primär Baukonzerne, Banken und Beraterfirmen. Per „Forfaitierung mit Einredeverzicht“ zahlt die Stadt 25 oder 30 Jahre an die Kreditbank des ÖPP-Partners - ohne Widerspruchs- und Mietkürzungsrecht bei Insolvenz oder Mängeln!

Zu den Verlierern gehören kleine und mittlere örtliche Bau- und Handwerksbetriebe, da öffentliche Aufträge ausbleiben. Im öffentlichen Dienst sind Arbeitsplatzverdichtung und -verluste wegen der Verschiebung von Angestellten in privatrechtliche ÖPP – Projektgesellschaften vorprogrammiert. **Hauptverlierer sind die Bürger, die alles mit ihren Steuern/Gebühren bezahlen müssen!** ÖPP bindet Haushaltsmittel langfristig und verkleinert damit den Gestaltungsspielraum. Besonders gravierend ist, dass die Amts- und Mandatsinhaber mit PPP/ÖPP öffentliche Angelegenheiten der demokratischen Kontrolle entziehen, damit der Demokratie erheblichen Schaden zufügen und zur Entmündigung der Bürger beitragen.

Natürlich gibt es andere Möglichkeiten, den riesigen Sanierungsstau zu beheben. Genau wie z.B. in Düsseldorf müssten wir einen Sanierungsplan für Schulen aufstellen, mit dem innerhalb von 15 Jahren alle Gebäude saniert werden und der im Haushalt oberste Priorität hat - auch und besonders vor Ruhrbania!! Wie bei jeder Eigentümergemeinschaft muss endlich ein Rücklagenkonto für Gebäudeinstandhaltung angelegt werden.

Privatisierung städtischer Pflichtaufgaben ist ein Irrweg!

Wo immer sich in den nächsten Jahren die Möglichkeit ergibt, muss rekommunalisiert werden. Ziel muss der Aufbau eigener Stadtwerke für u.a. die gesamte Ver- und Entsorgung incl. des Energiesektors sein, durchaus auch denkbar und **bevorzugt in Kooperation oder gemeinsam mit Nachbarstädten!** Die Beispiele Gelsenwasser und Müllabfuhr in Bergkamen haben gezeigt, dass dies die Kommunen handlungsfähiger gemacht hat, die Gebühren konnten gesenkt werden und Tariflöhne waren wieder garantiert.

für die MBI. F. Lemke, OB-Kandidat und

L. Reinhard, Fraktionssprecher, Platz 1 der Reserveliste

